

Berlin, Sonntag, Die Zeitung erscheint in der Woche wöchentlich.

Bezugs-Preis:

Bierstübchens für Berlin 7 Mt. 50 Pf. ohne Botenlohn. für ganz Deutschland 9 Mt. Österreich 13 Kr. 82 Hll., Ungarn 4 Mt. 65 Hfl., Holland 7 Fl. 80 Ct. für Frankreich, Belgien, England, Schweden, Amerika usw. Kreuzband-Gebund 20 Mt. für das Bierstübchen.

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Insertions-Gebühr:

Die dergespaltene Zeile 50 Pf. Restameile 1 Mt.

Preisnehmer:

Amt I, Nr. 243.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Zusteller: In der Expedition.

Telegramm-Adresse: Börsen-Zeitung.

Vom Tage.

Die Zweite württembergische Kammer lehnte gestern den Kommissionsantrag auf fakultative Einführung der Simultanstunde mit 46 gegen 36 Stimmen ab.

Der Entwurf des Reichstags wurde gestern mit einer Thronrede, die der König verlas, eröffnet.

Das dem schwedischen Reichstages gestern vorgelegte Budget weist für das laufende Finanzjahr ein Defizit von 3 Millionen Kronen auf; auch für 1909 wird ein Defizit erwartet.

Der Entwurf des Protokolls über das österreichisch-ungarisch-russische Einberufen wurde in der gestern in Konstantinopel stattgefundenen Konferenz fertiggestellt.

Baring Brothers in London fordern zur Zeichnung von 5 955 000 Rbd. Sterl. 4 1/2 pSt. russische Anleihe zum Kurse von 88 1/2 pSt. auf.

Die deutsch-tschechische Frage.

Die Erkenntnis, daß der in neuerer Zeit besonders heftig geführte Kampf zwischen den Deutschen und Tschechen in Böhmen eine verhängnisvolle Wirkung auch auf die Stellungnahme der Parteien im österreichischen Reichsrat auszuüben begonnen hat und alle Hoffnungen auf eine arbeitsfähige Koalitionsregierung zu vernichten droht, hat die Regierung bestimmt, aus ihrer, für die Deutschen nicht gerade immer wohlwollenden Reserve herauszutreten und den Versuch zu machen, die nationalen Beziehungen der beiden Volksstämme in Böhmen auf gegenseitigen Wege zu regeln. Man hat eine Anzahl schon von dem Ministerium Ved ausgearbeiteter Gelegenheitswörter, die bisher friedlich in den Aktenordnungen geschlummert haben, wieder ausgraben und gebent sie, nach einer Erklärung der amtlichen „Wiener Abendpost“, den berufenen geistlichen Körperschaften, also dem Reichsrat resp. dem böhmischen Landtag, zur Verhandlung und Beschlußfassung zu unterbreiten. Sie behandeln die Abänderung der Landbesitz- und Landtagswahlordnung für Böhmen, den Sprachgebrauch bei den landesfürstlichen und autonomen Behörden, die Errichtung von Kreisregierungen und Kreisverwaltungen sowie die Ordnung der Verhältnisse der Minoritätsschulen. Um sich selbst von einem Teil der Verantwortlichkeit zu entlasten, wußt auch, um einer Verhängung über die schwierigen Streitfragen schon vor den parlamentarischen Verhandlungen die Wege zu ebnen, will man die Vertrauensmänner aller Parteien zu einer freundschaftlichen Aussprache gegen Ende des Monats, wahrscheinlich zum 25. oder 26. Januar, im „Weißen Saal“ des Ministerpräsidentiums zusammenberufen. Es ist bezeichnend, daß in dem Kommissar des Ausdrucks „Konferenz“ sorgfältig vermieden wird, zweifellos, um nicht unerfreuliche Erinnerungen wachzurufen. Die Ausgleichskonferenz im Jahre 1890 war zwar nicht ganz ohne Ergebnisse auf dem Gebiete des Landeskulturtrats und des Landesrats geblieben, hatte aber keinen durchgreifenden Erfolg erzielt; die Deutschen begünstigt sich damals mit recht mageren Errungenschaften im Interesse des Allgemeininteresses und beschloß wieder den Landtag; dagegen scheiterte die Verhandlungskonferenz von 1903 vollständig. Wie ein hervorragender Kenner der deutsch-tschechischen Frage, Abg. Dr. Bergel, im „N. W. Tgl.“ sagt, schwärzt über diesem Festschlag ein mystisches Dunkel für viele Teilnehmer an der Konferenz, die diesen Ausgang aus dem Verlaufe und dem Ergebnis derselben bis zum Schluß als logisch zwingend nicht anerkennen können.

Nach offiziellen Verlautbarungen will die Regierung den verammelten Delegierten der Parteien Mitteilungen über Wesen und Inhalt der bereitliegenden

Vorlagen machen und allen Parteien Gelegenheit geben, sich über diese Grundzüge der geplanten gesetzlichen Sanierung des Sprachenrechtes in Böhmen auszusprechen. Inmitten dieser freien Diskussion soll vermittelnd und ausgleichend die Regierung stehen, deren ganzer Einfluß naturgemäß auf die Erzielung von Kompromissen gerichtet sein wird. Auf diese Art sollen die Auffassungen geklärt, die Meinungen einander näher gebracht werden, noch ehe die Laborate der Regierung oder die kompetenten Vertretungskörper gelangen. Gelingt es, diesen Zwecken gerecht zu werden, dann würde allerdings viel erreicht werden, denn man muß unbedingt zugeben, daß der Sprachenkampf in Böhmen Formen angenommen hat, die nicht nur das politische, sondern auch das wirtschaftliche und soziale Leben des Landes schwer führen und den gesamten Fortgang der staatlichen Angelegenheiten hemmend beeinflussen. Aber die Erbitterung ist namentlich auf Seiten der Deutschen so groß, daß man sich nicht allzu großen Hoffnungen hingeben darf. Der Moment ist schlecht gewählt, um von ihnen Entgegenkommen zu erwarten. Die standhaften Vorgänge in Prag sind noch in frischer Erinnerung, und gerade jetzt ruft der Zwischenfall des deutschen Bizepräsidenten bei der Prager Postdirektion neue Mißstimmung und Mißtrauen gegen die Regierung hervor. Die Ernennung dieses Bizepräsidenten, der die deutschen Interessen in der böhmischen Postverwaltung zu wahren die Aufgabe hatte, war ein Zugeständnis, das die Regierung im vorigen Sommer machte, um die Gefahr zu beseitigen, daß die durch beständige Benachteiligung erbitterten Parteien im Reichsrat zur Opposition übergingen. Die Erwartungen der Deutschen haben zu schweren Enttäuschungen geführt. Der tschechische Präsident der Postdirektion in Prag führte unter stillschweigender Duldung des allerdings auch tschechischen Handelsministers die Tischsicherung der böhmischen Postverwaltung durch und auf die Proteste des Bizepräsidenten wurde diesem bedeutet, daß er als Untergebener zu schweigen und zu gehören habe. Es ist übrigens interessant, daß dieser „deutsche“ Bizepräsident den tschechischen Namen Swoboda, der „tschechische“ Präsident den deutschen Namen Kraus führt.

Es ist nicht abzusehen, was aus alledem werden soll. Die Deutschen sind sich bewußt, daß es so nicht weiter gehen kann, daß ein Ausweg gefunden werden muß, um über die nationalen Streitigkeiten hinweg dem Reichsrat arbeitsfähig zu machen und damit das Gesamtinteresse des Staates zu wahren. Sie werden deshalb der Anregung der Regierung bereitwillig folgen, aber nicht ohne Vorbehalten, und sind entschlossen, Zugeständnisse nur gegen vollgewichtige Garantien für die deutschen Interessen zu machen. Andererseits ist die Begehrlichkeit der Tschechen durch die bisherige Kommissar der Regierung so hoch gesteigert, daß sie von ihnen über alles Maß hinausgeschraubten Forderungen zurückzugehen schwerlich gewillt sein werden. Nur unter dem Druck der äußersten Not hat sich aber das Kabinett Dienert an die Lösung der heiklen Nationalitätenfrage gewagt, denn es weiß recht wohl, daß ein Festschlag auch für seine Existenz verhängnisvoll werden muß.

- r.

Telegramme.

Stuttgart, 16. Januar. (G. T. C.) Die Zweite Kammer hat nach dreitägiger Beratung den Antrag ihrer Kommission auf fakultative Einführung der Simultanstunde, wenn wenigstens 300 Familienväter diese wünschen, mit 46 gegen 36 Stimmen der Volkspartei und der deutschen Partei abgelehnt. Noch weitergehende Anträge im Sinne der Einführung der Simultanstunde wurden gleichfalls abgelehnt. Angenommen wurde ein Vorschlag der Regierung, der die bisherige Praxis gefestigt,

nach der die Mittelschulen und Vorkursen der konfessionellen Mehrheit von Kindern der Angehörigen der Minderheitskonfession so lange besucht werden können, als für sie solche Schulanrichtungen im Orte nicht ebenfalls getroffen sind.

Wien, 16. Januar. (G. T. C.) Der Kaiser hat der Königin von Italien in Würdigung ihres aufopfernden Wirkens im Erdbebengebiet des Großkreuzes des Elisabethordens verliehen. Der Orden wird der Königin mit einem Handschreiben des Kaisers übermittelt werden.

Stockholm, 16. Januar. (G. T. C.) In der vom König bei der heutigen Eröffnung des Reichstages verlesenen Thronrede wird ausgeführt: Die Beziehungen Schwedens zu den fremden Mächten sind sehr befriedigend, was die dem König von fremden Staatsoberhäuptern abgestatteten Besuche in Stockholm, sowie die vom König im Laufe des Jahres in das Ausland unternommenen Reisen unabweisend beweisen. Die Übereinkommen mit den verschiedenen ausländischen Mächten betreffend die Ost- und Nordsee sind gleichfalls ein Glied in der Kette der Beziehungen zur Befestigung eines guten Verhältnisses zu den anderen Völkern und zur Schaffung von Garantien für die Aufrechterhaltung des Friedens. Unter den vorbereiteten Gelegenheitswörtern nennt die Thronrede den Wahlrechtsgegentwurf. Ferner wird die Einlegung einer Kommission zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs betr. die Reform des Projektwesens angefündigt.

Stockholm, 16. Januar. (G. T. C.) Das heute dem Reichstage vorgelegte Budget bilanziert mit 228 Millionen Einnahme und Ausgabe. Das laufende Finanzjahr weist ein Defizit von 3 Millionen Kronen auf. Auch für das Finanzjahr 1909 wird ein Defizit erwartet. Für das Budget des Finanzjahres 1910 werden 7 1/2 Millionen gefordert, die durch neue Steuern gedeckt werden sollen. Deshalb schlägt die Regierung eine Erhöhung der Malzsteuer von 12 auf 24 Dore pro Kilogramm, eine Erhöhung der Stempelsteuer auf inländische Wechsel sowie eine Zuschlagssteuer von 15 Prozent zur Einkommensteuer vor. Beim Budget des Neufjehrs werden Mittel für eine dem Ministerium des Neufjehrs unterstehende Presseabteilung verlangt, die der Presse Auskunft geben und gegebenenfalls irrtümliche Nachrichten berichtigen soll.

Stockholm, 16. Januar. (G. T. C.) Sven Hedin ist heute hier eingetroffen.

Paris, 16. Januar. (G. T. C.) Ministerpräsident Clemenceau stellt gegenüber den Meldungen hiesiger Blätter in Abrede, daß Marineminister Picard seine Entlassung zu nehmen gedenke. Der Minister sei eifrig mit den Plänen zur Reorganisation der Marine beschäftigt und werde sich zu einer Niederlegung seines Amtes wohl nur entschließen können, wenn seine Anträge zum Zwecke dieser Reorganisation abgelehnt werden sollten.

Paris, 16. Januar. (G. T. C.) Zu der Meldung, daß die argentinische Regierung dem bei ihr beglaubigten französischen Gesandten das Anerbieten gemacht habe, als Kompensation für Bestellungen von Geschützen bei der Firma Krupp ein Kabel von Buenos Aires nach Dakar zu subventionieren, wird der Agence Havas aus Buenos Aires mitgeteilt: Es ist richtig, daß der argentinische Minister des Neufjehrs mit dem französischen Gesandten in Buenos Aires wegen der geplanten Kabellegung verhandelt hat. Bisher ist aber in dieser Hinsicht kein Anerbieten gemacht worden. Die argentinische Regierung hat das Projekt noch nicht einmal im Prinzip angenommen.

Toulon, 16. Januar. (G. T. C.) Heute ist hier das Panzerschiff „Voltaire“ von Stapel gelassen.

Belgrad, 16. Januar. (G. T. C.) Heute vormittag hat unter dem Vorsitz des Königs ein Ministerrat stattgefunden, der mehrere Stunden gedauert hat.

Konstantinobel, 16. Januar. (G. T. C.) Deputiertenkammer. Der Finanzminister beantwortete heute eine Interpellation wegen der noch nicht erfolgten Einbringung des Budgets. Er erklärte, trotz aller Mahnungen seien die Einzelbudgets noch nicht eingegangen. Das Haus beschäftigte sich sodann mit den in Haft befindlichen Würdenträgern des alten Regimes. Ueber die Frage, wie weit sie zur Verantwortung zu ziehen seien, entspann sich eine leb-